

Blickpunkt Europa

Europapolitisches Magazin

Ausgabe 26 | Oktober 2018



Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament



Liebe Leserin, lieber Leser,

in dieser Ausgabe meines Infomagazins möchte ich Ihnen mit „e-evidence“ einen weiteren Schwerpunkt meiner parlamentarischen Arbeit näher bringen. Es geht dabei um die Nutzung elektronischer Beweismittel – z. B. Mails – durch Polizei- und Justizbehörden.

Mit einem kurzen Bericht schaue ich auf die Gespräche der Delegation meines LIBE-Ausschusses in Washington zurück und berichte über die Vorführung des Films „The Cleaners“ im Europäischen Parlament, an der auch Bürgerinnen und Bürger aus meinem Betreuungsbereich teilnahmen.

Traditionell gibt es einen Rückblick auf Besuchergruppen in Brüssel und Straßburg sowie Termine vor Ort in NRW.

Ich wünsche eine spannende Lektüre!

Herzliche Grüße

Ihre Birgit Sippel

Filmvorführung „The Cleaners“ im Europäischen Parlament

Für Politikinteressierte aus dem Kreis Soest sowie dem Hochsauerlandkreis (Bild) ging es Anfang September für zwei Tage nach Brüssel. Allerdings war es keine „normale“ Besucherfahrt. Im Vordergrund stand die Vorführung der Filmdokumentation „The Cleaners“ im Europäischen Parlament. Zusammen mit dem WDR konnte ich dies im Parlament realisieren. Der Dokumentarfilm feierte erst im Mai 2018 seine Premiere.

In dem Film geht es um Menschen, die für wenig Geld als Content-Moderatoren digitale Netzwerke wie Facebook von kriminellen Inhalten „reinigen“. Thematisiert wurden in dem Film insbesondere die illegalen Inhalte, die sich im Netz befinden sowie die psychischen Folgen der Tätigkeit eines Content-Moderators und die Auswirkungen auf diese Menschen. Als Mitglied der Sozialdemokratischen Fraktion war es mir ein besonderes Anliegen, diesem wichtigen Thema Gehör zu verschaffen.

Zur Vorführung des Films waren neben weiteren Interessierten aus dem Parlament

und der Besuchergruppe auch die Regisseure Hans Block und Moritz Riesewieck gemeinsam mit dem WDR vor Ort. In einer kurzen Einleitung vor Beginn des Filmes erklärten die jungen Regisseure, dass sie durch den Film auf die Gefahren der sogenannten Sozialen Netzwerke aufmerksam machen wollen. Neben der verdeckten Welt der Content-Moderatoren thematisierten sie dabei auch die Gefahr der Sozialen Netzwerke als Brandbeschleuniger z. B. bei Falschmeldungen oder jegliche Art der emotionalen Beeinflussung.

Im Anschluss an die Vorführung folgte eine interessante Debatte zu den Inhalten des Dokumentarfilms. Viele spannende Fragen rund um die Entstehung und die Inhalte des Films wurden dabei gestellt und direkt von den Regisseuren beantwortet. Dabei kam auch das Thema Zensur auf und das Problem, dass immer wieder auch völlig legale Inhalte gelöscht werden.

Die Regisseure haben uns mit ihrem Film einen beeindruckenden Blick hinter die Kulisse von Facebook und Co. ermöglicht.



Washington Reise

Mitte Juli ging es für mich als Mitglied der S&D-Fraktion mit einer Delegation meines LIBE-Ausschusses in die Vereinigten Staaten von Amerika – nach Washington D.C.. Dort fanden viele interessante Gespräche rund um die Themen Datenschutz und Cybersicherheit, etwa im Hinblick auf den neuesten Facebook-Skandal, statt. Aber auch Fragen rund um Terrorismusbekämpfung und –prävention sowie zur Visa-Politik spielten eine wichtige Rolle.

Bei den Treffen mit verschiedenen Interessensvertretern und Mitgliedern des US-Kongresses kam ein konstruktiver transatlantischer Austausch zustande. Dieser ist wichtig, um die Beziehungen – gerade in den aktuellen Zeiten – zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten zu stärken.



Blick aus dem Tagungsraum

Besucher im Europäischen Parlament

Gespräche im Europaparlament sind sowohl für mich wie auch für die Bürgerinnen und Bürger, nach wie vor eine ganz besondere Art des Informationsaustausches. Und so hatte ich die Freude, auch im sonnendurchfluteten Jahresabschnitt mit vielen Menschen an meinen beiden Arbeitsorten zu sprechen.

Im April besuchte mich die SPD AG 60Plus aus Sundern in Brüssel und in Straßburg empfing ich eine Gruppe Bürgerinnen und Bürger aus dem Märkischen sowie den Kreisen Olpe und Siegen-Wittgenstein. Die Europäische Datenschutzgrundverordnung, bei deren Gestaltung ich als Sprecherin der S&D-Fraktion im Innenausschuss des Europäischen Parlaments

mitgewirkt habe, sowie die Asylpolitik standen bei den Gesprächen im Vordergrund. Auch mehrere Jugendgruppen kamen im Juni nach Brüssel, um sich über die vielfältigen Themen in Europa zu informieren und zu diskutieren. Mit dabei waren die Gesamtschule Hagen-Haspe (Bild), die Pauli-Hauptschule aus Soest sowie die UNI Siegen.



Gesamtschule Hagen-Haspe

e-evidence

Unser Alltag verschiebt sich immer häufiger in die digitale Welt – ob bei der Kommunikation mit Familie und Freunden, bei der Arbeit oder beim (Online-)Einkauf. Diese digitale Welt wird jedoch zunehmend auch genutzt, um Straftaten vorzubereiten, zu begehen oder anschließend zu vertuschen. So sind elektronische Beweismittel eine wichtige Erkenntnisquelle bei Ermittlungen und den anschließenden Strafverfahren. Das Problem: Das Internet kennt keine Grenzen, Online-Kommunikationsdienste werden überall in der Welt bereitgestellt. Dies erschwert die Arbeit der Ermittlungsbehörden: Oft ist es nicht nur aufwendig, die für Ermittlungen notwendigen Daten zu bekommen, die anschließend vor Gericht als elektronische Beweismittel – e-evidence genannt – dienen. Stellen Sie sich vor, die deutsche Polizei ermittelt in einem Diebstahlsfall, bei dem eine gestohlene Uhr wenige Tage nach dem eigentlichen Diebstahl von einem anonymen Facebook-Profil auf einer Facebook-Seite zum Verkauf angeboten wird. Für die Ermittler wäre es nun von besonderem Interesse herauszufinden, wer hinter diesem Profil steht. Da Facebook seine Daten in Irland speichert, müssten die deutschen Behörden nun die Datensätze von den irischen Behörden erfragen – ein oft langwieriger Prozess, an dessen Ende die Daten bereits gelöscht sein könnten. Noch komplizierter wird es, wenn die Daten außerhalb der EU gespeichert sind.

Aus diesem Grund hat die Europäische Kommission im April 2018 einen Verordnungsvorschlag über „Herausgabeanordnungen und Sicherungsanordnungen für elektronische Beweismittel in Strafsachen“ vorgelegt, mit der die Herausgabe oder vorläufige Sicherung von e-evidence, die von einem Service-Provider in einem anderen Mitgliedstaat gespeichert wurden, erleichtert werden soll. Der Vorschlag sieht vor, dass beispielsweise die deutschen Strafverfolgungsbehörden das irische Internet-Unternehmen Facebook direkt auffordern könnten, Daten für ein laufendes Strafverfahren zu sichern oder auszuliefern; und zwar unabhängig davon, dass Facebook seinen eigentlichen Sitz außerhalb der EU hat oder die Daten womöglich außerhalb der EU speichert. Auf diese Weise soll der grenzüberschreitende



Zugriff auf die für Strafverfahren notwendige Daten und die Verfahren selbst beschleunigt werden.

Was auf den ersten Blick sinnvoll erscheinen mag, birgt jedoch auch eine ganze Reihe von Risiken – hinsichtlich juristischer und praktischer Fragen, als auch mit Bezug auf den Schutz der Grundrechte. Als Berichterstatterin des Europäischen Parlaments und innenpolitische Sprecherin der sozialdemokratischen S&D Fraktion ist es daher meine Aufgabe, die Schwächen im Vorschlag deutlich zu machen und mit meinen Kolleginnen und Kollegen Verbesserungen oder Alternativen vorzuschlagen.

Was genau ist zu prüfen? Zunächst einmal erscheint uns, aber auch Bürgerrechtsorganisationen und Teilen der Industrie der Kommissions-Vorschlag überhastet: Es gibt bereits heute mehrere Instrumente auf EU-Ebene zur Verbesserung der Zusammenarbeit der Polizei- und Justizbehörden, z.B. die sogenannte Europäische Ermittlungsanordnung. Diese wird aber erst seit Kurzem angewandt und konnte ihren praktischen Mehrwert bisher kaum unter Beweis stellen. Andere internationale Regelwerke, wie das sogenannte Budapester Übereinkommen über Computerkriminalität, sollen überarbeitet werden. Es wäre deutlich sinnvoller, zunächst die Wirkung dieser Instrumente bzw. Reformen abzuwarten.

Zudem geht der derzeitige e-evidence-Vorschlag im Vergleich zu bisher verabschiedeten Instrumenten in der Zusammenarbeit europäischer Polizei- und Justizbehörden ganz neue Wege: statt der Zusammenarbeit der zuständigen Behör-

den aus verschiedenen Mitgliedstaaten die direkte Zusammenarbeit zwischen einer Polizei- bzw. Justizbehörde eines Mitgliedstaats und dem Service-Provider in einem anderen Mitgliedstaat. Das ist problematisch. Obwohl Polizei und Justiz in den Mitgliedstaaten verstärkt zusammenarbeiten, bestehen weiterhin erhebliche Unterschiede im Strafrecht, z. B. bei der Frage, was überhaupt eine Straftat ist: So kann Blasphemie in Irland und auch Deutschland nach wie vor in bestimmten Fällen als Straftat eingestuft werden, während dies z. B. im Vereinigten Königreich abgeschafft wurde. Es besteht die Gefahr, dass durch die fehlende Überprüfung der Herausgabe- oder Sicherungsanordnung durch die Justizbehörden im betroffenen Mitgliedstaat ein Service Provider in diesem Land zur Herausgabe von Daten gezwungen wird, obwohl die Tat dort keine Straftat ist. So drohen essentielle Grundrechte und das Vertrauen in die Justiz geschwächt zu werden. Gleichzeitig wirft der Vorschlag ernsthafte Bedenken mit Blick auf Verfahrensrechte auf, sowie mit Blick auf das Recht auf Privatsphäre sowie das Recht auf den Schutz der eigenen Daten.

Als Berichterstatterin des Europäischen Parlaments werde ich den Kommissionsvorschlag daher in den kommenden Monaten zusammen mit meinen Kolleg_innen Artikel für Artikel durchgehen und hierbei auch verschiedene Expert_innen aus Polizei, Justiz, Datenschützer_innen usw. hinzuzuziehen. Die Arbeit der Ermittlungsbehörden verbessern, Vertrauen in Rechtsstaatlichkeit stärken und dabei die Grundrechte der europäischen Bürgerinnen und Bürger garantieren – das muss Ziel aller Veränderungen im Strafrecht sein.

Termine vor Ort in NRW

Der Tag der Arbeit des DGB-Kreisverbandes HSK in Arnsberg lief unter dem Motto „Wieviel Arbeitszeit gehört zum Leben?“. Bei der durch Vertreter mehrerer Parteien, der Unternehmen und der Arbeitnehmer_innenseite „bunt besetzten“ Diskussion wurden Fragen der flexiblen Arbeitszeitgestaltung – auch mit Blick auf die Digitalisierung, der Vereinbarkeit des Berufes mit dem Privatleben, darüber was Arbeitszeit ist und wann sie endet – sowie vieles mehr diskutiert.

Die Parteiliederungen in ganz Südwestfalen waren sehr aktiv und somit bin ich im Mai unter anderem der Einladung des Ortsvereins Hemer zu deren Mitgliederversammlung gefolgt, um als Innenpolitische Sprecherin der S&D-Fraktion im LIBE-Ausschuss (Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres) des Europäischen Parlaments über die EU-Datenschutzgrundverordnung zu berichten. Im Juni fand die Ortsvereinsversammlung der SPD Bräucken/Versetal

statt und zusammen mit den Ortsvereinen Werl und Soest besuchte ich das Werler Briefzentrum. Bei der SPD Wickede referierte ich im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung „Digitales Briefgeheimnis, soziale Medien und Co.“

Besuche an Schulen sind mir immer besonders wichtig. So nahm ich Anfang Mai am EU-Projekttag des Käthe-Kollwitz-Berufskolleg in Hagen teil; Mitte Mai sprach ich mit Junior-BotschafterInnen des Berufskollegs am Wasserturm in Bocholt und nahm am EU-Projekttag der städt. Gesamtschule Rheda-Wiedenbrück teil. Mitte Juni fand die beinahe schon traditionelle Podiumsdiskussion am Gymnasium der Stadt Meschede u. a. zu Flüchtlingspolitik und Datenschutz statt. Und im Gymnasium Warstein diskutierte ich mit Schülern im Rahmen der Projektwoche „Arm trotz Reichtum – zerbricht die EU an den Folgen der sozialen Ungleichheit?“.

Nach mehreren erfolgreichen „Politischen Frauenfrühstücken“ im HSK folgten auch Frauen aus dem Kreis Soest meiner Einladung nach Soest (Foto). Zusammen mit Marlies Stotz MdL diskutierten die Frauen u. a. über Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen, die Auswirkungen der DSGVO auf Aktivitäten von Vereinen und auch über die aktuelle europäische Flüchtlingspolitik.



„Politisches Frauenfrühstück in Soest“

Impressum

Verantwortlich: Birgit Sippel MdEP · Ulricherstraße 26 · 59494 Soest
Telefon: 02921 364738 · europa@birgit-sippel.de · www.birgitsippel.de
www.facebook.com/BirgitSippel · www.twitter.com/BirgitSippelMEP

Redaktion: Birgit Sippel MdEP / S&D-Fraktion im EP

Satz: ensemble»design, Soest/München

Fotos: Birgit Sippel MdEP · ©European Union 2017 ·
©European Union 2018 · GOLFX (www.istockphoto.com)

